

Hausbesetzungen sind strafbar!

„Halten Sie es für ein vertretbares Mittel der Kritik, leerstehende Gebäude zu besetzen, um auf Wohnungsnot aufmerksam zu machen?“ Auf diese Frage des Berliner Marktforschungsinstituts Civey, das mit dem Tagesspiegel zusammenarbeitet, antworteten 45,1% auf keinen Fall, 11% eher nein, also 56,1% Ablehnung. 21,55 sagen auf jeden Fall und 17,9% eher ja = 39,45 Zustimmung.

Hausbesetzungen sind eine Straftat. Die Berliner Linie, innerhalb von 48 Stunden zu räumen, ist vollkommen richtig. Es mag hilfreich sein, wenn man spektakulär auf Missstände aufmerksame macht. Ob man, um dieses Ziel zu erreichen, eine Straftat begehen muss, wage ich zu bezweifeln.

Die Pfingstbesetzungen haben in geradezu dramatischer Weise das Kernproblem in Berlin unter Rot-Rot-Grün deutlich gemacht. Damit meine ich nicht die Ursache der Besetzungen. Diese hat der Gesetzgeber – Bund und Land – zu verantworten. Gäbe es geeignete Gesetze, die Mietwucher verhindern, und gäbe es nicht diese schwachsinnige Regelung, dass man auch bei völlig überflüssigen Sanierungen die Miete exorbitant nach oben treiben kann, hätten wir weniger Probleme. Noch weniger Probleme hätten wir allerdings, wenn in dieser Stadt gebaut, gebaut und nochmals gebaut werden würde. Je mehr Wohnungen es gibt, desto entspannter reagiert der Markt. Das weiß jeder, auch wenn er nicht Karl Marx gelesen hat.

Bei mir verfestigt sich immer mehr der Gedanke, dass vor allem Linke und Grüne gar keine Wohnungen bauen wollen. Die Stadt ist voll genug, müssen wir unbedingt die Vier-Millionen-Einwohnermarke erreichen? Wozu? Beteiligungsverfahren dauern ewig, Baugenehmigungen noch länger, und bis es endlich losgehen kann, hat sich der Investor einen anderen Standort gesucht.

Für die Hausbesetzungen über Pfingsten haben Grüne und Linke Sympathie bekundet. Das kann ja wohl nicht wahr sein. Die Linken stellen die Nicht-Bau-Senatorin und die Grünen den Justiz-Senator. Was für ein Verständnis vom Regieren in dieser Stadt haben diese Leute eigentlich? Allein die SPD hält den Rechtsstaat über Wasser und wird vom Wähler dafür noch abgestraft. In der Civey-Umfrage von heute kommt die SPD noch auf 17,6%, damit liegt sie – anders als bei der Infratest dimap-Umfrage – vor

den Linken mit 17,2% und knapp hinter den Grünen mit 17,9%. Immer noch 52,7% für die alternativlose R2G-Koalition. Die CDU liegt mit 20,8% auf Platz Eins, die FDP erreicht 7,8% und die AfD 11,3%.

Zu der Hausbesetzung in der Borndorfer Straße verschickte heute die Bausenatorin eine Pressemitteilung. *„Am Sonntag, dem 20. Mai, ist ein ehemaliges Schwesternwohnheim in der Bornsdorfer Straße in Neukölln besetzt worden, welches sich im Besitz der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land (SuL) befindet. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land hatte das Gebäude als Teil eines Baublocks vor drei Jahren von einem privaten Investor erworben, um dort Wohnungen zu errichten. Der Umbau ist vorbereitet und soll noch dieses Jahr beginnen. Derzeit befindet sich das Gebäude in einem schlechten baulichen Zustand, die Statik ist gefährdet.“*

Stadt und Land-Geschäftsführer Ingo Malter und der Staatssekretär für Wohnen Sebastian Scheel waren am Sonntagnachmittag in Neukölln vor Ort. In Gesprächen und Verhandlungen und insbesondere um eine polizeiliche Räumung zu vermeiden, wurde das Angebot unterbreitet, gemeinsam mit den Besetzerinnen und Besetzern ein Projekt zu realisieren, unter der Voraussetzung, dass sie das Gebäude verlassen. Parallel führte Senatorin Lompscher Gespräche auf politischer Ebene.

Da das Haus nach gutachterlicher Einschätzung nicht verkehrssicher ist, galt das Angebot mit Frist 20:30 Uhr. Die Frist lief nach erfolglosen Versuchen der Kontaktaufnahme aus, nach nochmaliger Wartezeit wurde auf Wunsch der Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land geräumt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat die Stadt und Land gebeten, die Strafanzeige gegen diejenigen zurückzuziehen, die das Gebäude ohne Widerstand verlassen haben.“ Vermutlich hat Frau Lompscher noch jedem Besetzer ein kostenloses BVG-Ticket für die Heimreise und ein Eis am Stil spendiert.

„Ohne Widerstand“ heißt aber nicht freiwillig. Die Polizei musste mit schwerem Gerät die Barrikaden beseitigen, um in das Haus vorzudringen und die Personalien der Besetzer aufnehmen zu können. Freiwillig ist niemand gegangen. Dass die Besetzer dann beim Verlassen des Hauses nicht wild um sich geschlagen haben, mildert den Straftatbestand des Einbruchs in das Gebäude nicht. Stadt und Land wird übrigens die Strafanzeigen nicht zurückziehen, wie Geschäftsführer Ingo Malter paperpress gegenüber bestätigte.

Beobachter der Besetzung in der Bornsdorfer Straße sprechen von professionellen Hausbesetzern, denen es nicht annähernd um irgendeine politische Lösung geht. Die intensiven Versuche, von den Besetzern einen konzeptionellen Vorschlag zu bekommen, blieben erfolglos. Es gibt keine Konzeption.

O-Ton Katrin Lompscher: *„Die Aktion zeigt, dass es in großen Städten wie Berlin für Menschen mit niedrigen Einkommen immer schwerer wird, eine Wohnung zu finden. Vor diesem Hintergrund ist die Motivlage der Besetzerinnen und Besetzer, ein deutliches politisches Zeichen zu setzen, nachvollziehbar.“* Nein, eben nicht. Den Besetzern ging es überhaupt nicht um die Wohnungssuchenden in der Stadt, sondern um ein Pfingstvergnügen der besonderen Art. Die Sozialarbeiterromantik von Frau Lompscher ist lächerlich. Frau Lompschers Verwaltung hat es in der Hand, den Menschen, die eine Wohnung suchen, zu helfen. Einfach bauen, bauen, bauen.

Es ist nicht damit getan, immer wieder auf die Bundesregierung zu verweisen. Natürlich hat Frau Lompscher recht, wenn sie sagt: *„Es ist an der Zeit, dass sich auch auf der Bundesebene endlich etwas tut. Ich erwarte von der Bundesregierung die nötigen Veränderungen der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen. Die Mietpreisbremse muss endlich scharf gestellt, Bestandsmietenerhöhungen und die Modernisierungsumlage müssen gekappt werden und auch der Bund muss seinen Umgang mit den eigenen Liegenschaften ändern. Statt einem Verkauf zum Höchstpreis, müssen Grundstücke an landeseigene und gemeinwohlorientierte Träger gehen. Nur dann kann mehr preisgünstiger Wohnraum entstehen.“* Alles richtig, ob aber Bauminister Seehofer Zeit hat, sich darum zu kümmern, ist eine andere Frage. Gebaut werden müssen vor allem Abschiebezentren, damit die bayerischen Wähler bei der CSU anstatt der AfD ihr Kreuz im Oktober machen. Berlin muss selbst das tun, was aus eigener Kraft möglich ist. Es fehlt nicht an Kraft, sondern am Willen.

Und hier noch ein paar Stimmen zu den Pfingstbesetzungen: Katina Schubert, Berliner Landesvorsitzende der Linkspartei, hält das Anliegen der Besetzer für richtig und andere Vertreter ihrer Partei die Besetzung für legitim. Und die wohnungspolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, Katrin Schmidtberger, nannte die Besetzung vor Ort *„gut und richtig“*. *„Es wird uns als Rot-rot-grün den nötigen Druck geben, in der Wohnungspolitik besser zu agieren“*, sagte sie der Berliner Morgenpost. Was nimmt die Frau zu sich? Eine rechtswidrige Besetzung als „gut und richtig“ zu bewerten, ist schlimm genug,

daraus aber einen „nötigen Druck“ abzuleiten, um in der Wohnungspolitik besser zu werden, ist eine besorgniserregende Geisteshaltung.

Tom Schreiber, Mitglied der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, reagierte empört: *„Es macht mich fassungslos, wie hier Vertreterinnen der Linken und Grünen Hausbesetzungen als legitimes Mittel ansehen.“* Den Politikerinnen empfahl er, bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl im Jahr 2021 für die „Antifa-Liste“ anzutreten. *„Dann wäre es authentisch und sie müssen sich nicht hinter ihrem Parteiprogramm verstecken“*, so Schreiber in der Morgenpost.

Verständlicher Weise noch schärfer fiel die Kritik der CDU aus: *„Dass eine Regierungspartei öffentlich zu Straftaten aufruft, hat es in Berlin noch nicht gegeben“*, so Stefan Evers, der Generalsekretär der Berliner CDU. Der Regierende Bürgermeister müsse von der Linkspartei endlich einfordern, ihr Verhältnis zum Rechtsstaat zu klären, sagte Evers weiter. Scharfe Kritik kam auch von Annegret Kramp-Karrenbauer, Generalsekretärin der Bundes-CDU. *„In Berlin besetzen linke Kriminelle rechtswidrig Häuser. Beides darf sich der Rechtsstaat nicht bieten lassen. Hier muss hart, entschlossen durchgegriffen werden“*, sagte Kramp-Karrenbauer. *Quelle: Berliner Morgenpost*

Und zum Schluss noch ein trauriges Beispiel, wie man im hohen Alter den Überblick verlieren kann: *„Wie kann es sein, dass Haus in Berlin in kommunalem Eigentum, völlig entgegen Wohnungs-Politik des rot-rot-grünen Senats jahrelang leer steht, Pfingsten geräumt wurde. Senat kann Geschäftsführung anweisen oder auswechseln und Räumung verweigern. Muss er nur wollen. Korrektur ist nötig.“*

Tweet von Christian Ströbele (78) Ex-Bundestagsabgeordneter der Grünen.

Ed Koch